Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 12 (1932-1933)

Heft: 11

Artikel: Von der Abrüstungskonferenz

Autor: Sonderegger, Emil

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-157556

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 29.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von der Abrüstungskonferenz.

Bon Emil Sonderegger.

Im Laufe der letten zwei Monate des verflossenen Jahres sind in die Genfer Abrüstungskonferenz drei neue Elemente hineingetragen worden, die geeignet sein sollen, die Arbeiten der Konferenz endlich in Fluß zu bringen und eine Aussicht auf ein schließliches wirkliches Ergebnis zu ersöffnen.

Das erste dieser drei Elemente war der französische "Sicherheits= und Abrüstungsplan", der eine veränderte, neue militärische und militär= politische Organisation sowohl der europäischen Staaten als des Bölker= bunds vorschlägt, aus welcher sich eine gewisse Beschränkung oder gar Ver= minderung der Küstungen ergeben soll.

Das zweite Element ist der englische Abrüstungsvorschlag, der fast ohne weiteres Beiwerk die Verminderung der Küstungen unmittelbar hersbeisühren will.

Das dritte Element ist die Resolution der fünf Mächte (Vereinigte Staaten, England, Frankreich, Deutschland und Jtalien) vom 11. Dezember, die in gewisser Form eine Gleichberechtigung Deutschlands auf dem Gebiete der Küstungen anerkennt und damit Deutschland ermöglicht hat, an den weiteren Arbeiten der Konferenz teilzunehmen.

Diese Resolution, obwohl einen vollen Monat nach der Einreichung des französischen und des englischen Planes gefaßt, ist keineswegs bestimmt, diese Pläne auszuschalten oder der Entscheidung über sie vorzugreisen; sons dern Pläne und Resolution sollen bei den kommenden Verhandlungen in übereinstimmung gebracht werden.

Wenn wir nun hier untersuchen wollen, ob und wie weit eine Berwirklichung, eine Durchführung dieser Pläne möglich ist, soll uns dabei hauptsächlich auch die Frage beschäftigen, ob die Gleichberechtigung Deutschlands, wie sie in der Resolution vom 11. Dezember enthalten ist oder, genauer gesagt, wie sie in Deutschland aufgesaßt wird, sich mit dem einen oder dem andern jener Pläne in Einklang bringen läßt.

Die Urheber bes frangösischen Planes sehen eine Gefahr friegerischer Berwicklungen im Borhandensein gutgeschulter Truppen, die aus langedienenden oder Berufs-Soldaten bestehen und dank ihrer stets vollzähligen Bestände jederzeit kriegsbereit sind. Sie wollen daher in allen Ländern des europäischen Kontinents, die der Abmachung beitreten sollen, diese Truppen auf einen Bestand herabsehen, der es einem einzelnen Bolk verunmöglicht, mit ihnen einen Angriffskrieg zu führen. Die Kontingente aus mehreren Ländern zusammen, in der Hand des Völkerbundes vereinigt, sollen dann eine Macht darstellen, die stark genug wäre, dem Willen des Völkerbundes Nachachtung zu verschaffen.

Das wäre, für sich allein genommen, eine wirkliche Abrüstung. Nun soll es aber nicht dabei bleiben, sondern zur Ergänzung jener verminderten Angriffsrüstung, in rein defensivem Sinne und nur zur Erhöhung der Sicherheit der Völker, sollen überall "nationale Armeen" geschaffen werden mit einer beschränkten kurzen Ausbildung, aber immerhin noch befähigt, das Land gegen einen eindringenden Gegner zu verteidigen. Gleichzeitig wird angenommen, daß solche Armeen erst nach geraumer Zeit in größerem Maßstab verwendungsbereit wären.

Auf dieser Unterscheidung zwischen zum Angriff im großen tauglichen und untauglichen Truppen beruht die ganze militärische "Neuorganissation" Europas und mit ihr der ganze Abrüstungsplan. Bei näherer Prüstung erweist sich aber diese Unterlage als höchst unsicher und unzuverlässig. Sie ist entstanden aus einer mangelnden Kenntnis dessen, was ein Heer mit kurzer Ausbildungszeit leisten und nicht leisten kann.

Es ist nicht schwer, sich ein "nationales" Heer vorzustellen, so kurz und so schlecht ausgebildet, daß es zu einem Angriff in ein fremdes Land hinein durchaus unbrauchbar wäre. Aber es geht nicht an, ein solches Heer bann für geeignet zu halten für die "Gemährleistung der Sicherheit des Landes" (à assurer la sécurité nationale de chaque état). Jede nüpliche Berwendung einer Truppe sett eine gewisse Gefechtsausbildung und einen gemissen militärischen inneren Salt voraus. Diese Dinge abzustimmen auf Angriff ober Berteibigung, ist praktisch gar nicht möglich. Eine rein passive Berteidigung ist völlig aussichtslos; zu jeder wirklichen ernsthaften Berteibigung gehört auch ber Gegenangriff, mindestens der der Reserven. Will man nun etwa noch unterscheiben zwischen Truppen, die nur für den Gegenangriff und solchen, die nur für den Angriff geschult sind? Gine brauchbare vollständige Schulung der Truppe für die taktische Berteidigung macht sie ohne weiteres auch für den taktischen Angriff verwendbar. Der operative ober strategische Angriff aber besteht aus Märschen und taktischen, offensiven und befensiven Handlungen. Dabei gibt es somit für die Truppe nichts weiter zu lernen; die Anordnung und Leitung der operativen Truppenbewegungen und die Borkehren für den Nachschub sind Angelegenheiten ber Stäbe, beren Schulung sich einer Kontrolle entziehen würde. Die Fiktion einer nur für die Berteidigung brauchbaren, für diese wirklich tauglichen, aber für Beiteres unverwendbaren Truppe kann daher nicht aufrecht erhalten werben.

Wohl wird zwischen einer lange ober berufsmäßig dienenden und einer nur während kurzer Zeit ausgebildeten Truppe ein bedeutender Unterschied im Kampswert immer vorhanden sein. Er kann aber oft ausgewogen werden durch andere Umstände, Unterschiede in der Qualität der obersten Führung (Marne 1914!), Gunst oder Ungunst des Geländes, Mißgriffe in der Wahl der Bewaffnung und hauptsächlich auch durch das zahlenmäßige Stärkenverhältnis. Auch geistige Faktoren können eine wichtige Rolle spielen, z. B. gegebenenfalls die Begeisterung eines freiheitswilligen Volkes gegenüber uninteressierten gleichgültigen Völkerbundssöldnern.

Auch hinsichtlich der Kriegsbereitschaft solcher "nationaler Armeen" scheint der Plan sich einer Täuschung hinzugeben. Bei einer zweckmäßigen Organisation, einer fest organisierten und jährlich zu übungen zusammentretenden Kriegsgliederung ähnlich wie in der Schweiz, kann ein solches "nationales" Heer in wenigen Tagen kriegsmobil sein. Die rasche Mobilmachung der schweizerischen Armee beruht nicht, wie man oft glaubt, darauf, daß die Leute mit Unisorm und Waffen einrücken, sondern auf den organisatorischen Mobilmachungsvorkehren. Das Fassen von Unisorm und Waffen wäre, richtig vorbereitet, eine Sache von wenigen Stunden.

Der Plan sett die für die nationalen Armeen vorzusehende Ausbildungszeit nicht fest. Er spricht nur von "kurzer Dauer" und von einer Anpassung an die verschiedenen Berhältnisse, die für die einzelnen Bölker vorliegen. Es ist daher zur Zeit noch kein Urteil darüber möglich, auf welcher Ausbildungsstuse sich die Urheber des Planes jene praktisch unbenkbare, nur zur Berteidigung geeignete Armee vorgestellt haben.

Ebensowenig erfahren wir über die Zahlenstärken, die man sich für die nationalen Armeen gedacht hat. Auch diese sind den besonderen Vershältnissen der Länder einzeln anzupassen. Ihre Rekrutierungsziffern so-wohl als die Stärken der vollgeschulten, lange dienenden "Angriffs"-Truppen sollen in den Verhandlungen der Abrüstungskonserenz sestgesett werden. Nebenher hat verlautet, daß die französische Regierung sich die lange dienenden Truppen in der Stärke von etwa zwei dis drei Divisionen je Großmacht denke.

In diesem Fahrwasser wird man auf eine gefährliche Klippe stoßen. Ausdrücklich wird im französischen sowohl als im englischen Plan gesagt, daß eine Anderung im Wehrspstem Deutschlands unter keinen Umständen mit einer Vergrößerung seiner Wehrkraft verbunden sein dürse. Ein "nationales" Heer dürste somit in Deutschland nur das Maß von Wehrkraft darstellen, um welches die Reichswehr vermindert würde. Nehmen wir optimistischerweise an, es würde auf französisch=englischer Seite eingeräumt, eine "nationale" Division besitze nur die Hälfte der Gesechtskraft einer Reichswehrdivision, so dürste das neue deutsche Volksheer nur die doppelte Zahl der abzurüstenden Reichswehrdivisionen zählen, also etwa acht. Das würde etwa dem elsten Teil dessen entsprechen, was in Deutschland die allsemeine Wehrpslicht ergeben würde. Wenn auf dieses deutsche Volksheer

von acht Divisionen dann der Grundsatz der Gleichberechtigung angewendet würde, gemäß der in Deutschland herrschenden Auffassung der Resolution vom 11. Dezember, so dürfte das Volksheer Frankreichs bei absoluter Gleichsberechtigung ebenfalls nur acht Divisionen, bei relativer nach der Besvölkerungszahl nur etwa sechs Divisionen betragen, während das heutige Kriegsheer (ohne die Kolonialtruppen) aus etwa 60 Divisionen besteht.

Der französische Plan soll etappenweise zur Durchführung kommen. Ein Aussührungsvorschlag, der eine längere Frist als etwa fünf Jahre bis zur Erreichung des jett festzusetenden Zieles in Aussicht nähme, würde wohl von niemandem ernst genommen. Dürsen wir nun wirklich annehmen, daß Frankreich bereit sei, innert fünf Jahren sein Heer, neben etwa drei Divisionen vollgeschulter Truppen, auf nahezu einen Zehntel seines heustigen Bestandes abzurüsten, und, als dazu gehörenden ersten Schritt dazu, jett gleich auf etwa die Hälfte?

Ich kann mir das nicht recht vorstellen und fürchte, daß wir hier einer schweren Enttäuschung entgegengehen. Die ersten nächsten Verhandlungen der Konferenz werden da bald Klarheit schaffen. Ihnen hat in Hinsicht auf Personelles und Bestände der englische Plan alles zugewiesen, ohne über jenen Grundsatz der Nichtzulassung irgendeiner Verstärkung der deutsichen Kräfte hinaus irgendwelche Kichtlinien auszustecken.

Der französische Plan will den "nationalen Armeen" ein offensives Auftreten hauptsächlich auch dadurch verunmöglichen, daß er sie nur mit leichtem, zum Angriff auf Festungswerke und seste Stellungen unsgeeignetem Material ausstattet. Die lange dienenden, gegebenenfalls dem Bölkerbund zur Verfügung zu stellenden Truppen dagegen sollen über alles mögliche schwere und schwerste Material, besonders auch über schwerste Artillerie und schwere Kampswagen verfügen.

Die Menge bes in verschiedenen Ländern vorhandenen schweren Masterials übersteigt ganz bedeutend das Quantum, das in den vorgesehenen wenigen vollgeschulten Divisionen jener Länder organisationsmäßig zur Berwendung kommen kann. Dieses überzählige Material soll aber nicht etwa auf die Seite geschafft, zerstört werden, sondern es wird in den Länsdern, die es heute besitzen, eingelagert und soll ihnen, falls sie angegriffen werden, ausdrücklicherweise zur Berfügung stehen. Das heißt also: die nastionalen "defensiven" Armeen der heute nicht abgerüsteten Staaten werden im Kriegsfalle wieder ihr gesamtes heutiges schweres Material besitzen!

Mich wundert, ob es in der Konferenz in Genf jemanden geben wird, der hierin etwas von Abrüstung findet. Noch neugieriger aber bin ich, wie diese Programmnummer mit der "Gleichberechtigung" in Einklang gebracht werden soll.

Lord Cecil, der das Vorrecht hat, auf dem Gebiete der Naivitäten jeweilen den Vogel abzuschießen, wollte dieses Material in neutralen Ländern lagern. Daß dieses Material gewartet und hie und da in Gebrauch genommen werden muß, wenn es nicht unbrauchbar werden soll, daß für seine allfällige Verwendung im Falle eines Völkerbundskrieges ein geübtes Personal vorhanden sein muß und daß dieses Personal nicht von den Neustralen gestellt, und wenn von andern Nationen gestellt, nicht im fremden, neutralen Land üben könnte, daran scheint der edle Lord nicht gedacht zu haben.

Der englisch e Borschlag brudt sich vorsichtiger aus. Er faßt, nicht als eigenen Borichlag, sondern als Ergebnis von kommenden Ronferenzverhandlungen, die Möglichkeit ins Auge, daß fünftig als höchste Grenze ber zulässigen Geschütktaliber basjenige von 105 mm festgesett werde, entsprechend der heute für Deutschland geltenden Borichrift. "Es werden dann fünftig alle zu ersetzenden und alle neu herzustellenden Geschütze dieses Minimalkaliber nicht überschreiten durfen." Sierin wurde eine Beschränfung der Rüftungen liegen; neue Geschüttypen über 105 mm dürften nicht eingeführt werden. Aber eine Abrüftung ist darin nicht zu erblicken, und noch viel weniger eine Gleichstellung zu Deutschland. Das heutige französische Feldgeschütz stammt aus dem Jahre 1897. Wohl ist es einigen Abänderungen unterzogen worden; auch werden viele abgenutte Rohre und andere Teile erneuert worden sein. Aber als Ganzes ist das Geschüt weber neu hergestellt noch ersett worden, und ein ähnliches Lebensalter weisen auch schwerere Beschüte auf, die sich allerdings stärker abnüten, bafür aber auch sparsamer gebraucht werben. Dieser Prozeg ber Abruftung und Gleichstellung müßte also mehrere Jahrzehnte in Unspruch nehmen!

Zusammenfassend kann man die Landstreitkräfte betreffend sagen: In personeller Hinsicht macht der englische Plan keinerlei Ab=rüstungsvorschläge. Der französische Plan stellt nur Organisationsgrund=säte auf, deren Wert oder Unwert als Abrüstungsmaßregeln von den Fest=setzungen der Rekrutierungsstärken und der Ausbildungsdauer der natio=nalen Armeen abhängt, über die nichts Konkretes gesagt ist.

In materieller Hinsicht sehen beide Pläne nur eine Beschränkung künftiger Rüstungen vor, aber keine Berminderung des gegenwärtigen Standes, also keine Abrüstung und keinerlei Ausgleich des Berhältnisses zwischen vollgerüsteten und bereits abgerüsteten Staaten.

Für die Luftstreitkräfte schlägt der französische Plan in etwas undeutlicher Weise ein ähnliches Shstem vor wie für die Landarmeen. Es soll "nationale Luftkräfte" geben mit leichterem Material, und daneben "spezialisierte Einheiten", aus schweren Bombenflugzeugen bestehend. Diese letzteren ständen gegebenenfalls wiederum zur Versügung des Völkerbundes, aber selbstverständlich würde eine "angegriffene" Nation sie ohne weiteres auch wieder ihrer Kriegführung dienstbar machen. Aus dieser Organisation sollte dann vielleicht später eine international aus Freiwilligen rekrutierte Völkerbundssliegertruppe hervorgehen, welcher das schwere Material von seinen heutigen Besitzern abgetreten würde.

Also auch hier keine Abrüstung; nicht einmal das Prinzip einer Besichränkung künftiger Rüstungen ist ausdrücklich ausgesprochen. Auch keine

Ausgleichung an die abgerüsteten Staaten. Das Versprechen, die Zivilbevölkerung nicht zu bombardieren, soll von diesen erkauft werden durch die Abtretung ihrer Zivilluftfahrt in eine zu schaffende internationale Lufttransportgesellschaft.

Der englische Vorschlag geht bedeutend weiter. Er will die sämtslichen Luftflotten sofort auf den heutigen Stand der englischen und später 33½% unter diesen herabsehen. Dabei "dürfe die Meinung, Deutschland solle von der Forderung einer militärischen oder maritimen Luftfahrt Abstand nehmen, nicht unvernünftig genannt werden".

Auf das Kapitel der Seestreitkräfte kann hier nicht näher einsgetreten werden. Es sei nur kurz erwähnt, daß hier die Borschläge wieder auf dieselben Klippen zusteuern, die schon bei den früheren Berhandlungen nicht umschifft werden konnten. Der neueste japanische Vorschlag bezweckt in der Hauptsache nur, das Verhältnis der japanischen Kräfte zu den engslischen und amerikanischen von 60:100 auf 75:100 zu "verbessern", und durch das Verbot der Flugzeugmutterschiffe die fremden Flugzeuge von den japanischen Küsten fernzuhalten. Von irgendeiner Geste im Sinne einer "Gleichberechtigung" Deutschlands ist in allen Vorschlägen nirgends die Rede; wohl aber wird ausdrücklich die Unzulässigkeit irgendeiner Vermehsrung der deutschen Tonnage allseitig betont.

* *

Die deutsche Presse hat bei der Verkündung der Formel vom 11. Desember den starken Glauben aufgebracht — oder wenigstens sich den Anschein davon gegeben —, daß das Zauberwort der "anerkannten Gleichberechstigung" im Stande sei, die ungeheuer große Kluft zwischen französischer und englischer Küstung einerseits und deutschem abgerüstetem Zustand zu überbrücken.

Da jede Art und jeder Grad einer deutschen Aufrüstung ausdrücklich abgelehnt wird, könnte die "Gleichberechtigung" im vollen oder abstrakten Sinne des Wortes nur die Abrüstung der andern auf die Stuse Deutschslands herunter bedeuten. Glaubt man in Deutschland wirklich an dersgleichen? Glaubt man vielleicht, daß das in Aussicht genommene stusensweise Abrüstungsversahren eine so radikale Operation ermöglichen würde? Wan kann doch nur jetzt abzugebende Versprechungen mit sesten Verfallzeiten und genauen Krästenormierungen als gültig und annehmbar ersachten. Glaubt man wirklich, diese jetzt in dieser Tragweite bekommen zu können?

Während die deutsche Presse die Resolution vom 11. Dezember als einen deutschen Erfolg seierte, überschrieben in Paris die rechtsgerichteten Beitungen die Nachricht: "ein französischer Sieg", die linksgerichteten: "eine neue Auswirkung des englisch-französischen Einverständnisses".

Da konnte Unsereiner schon stutig werden. Vollends aber steigen schwere Zweifel auf an einer segensreichen Wirkung der Formel vom 11. De-

zember, wenn man sie mit den französischen und englischen Vorschlägen versgleicht, die ihr zeitlich so kurz vorausgegangen sind.

Es handelt sich hier nicht darum, eine Lanze für die Gleichberechtigung der abgerüsteten Staaten zu brechen. Wohl aber ist auch uns Schweizern lebhaft daran gelegen, daß die Abrüstungskonferenz — wenn nicht zu einer Beruhigung und zur Befriedigung der aufgeregten Bölker — so doch wenigsstens nicht zu deren Gegenteil führe. Und darum geht es; wenn nicht alles trügt, wird die Formel vom 11. Dezember, statt Ausgleich und Segen, Entstäuschung und Erbitterung in die Bölker tragen!

Der französische Plan spricht von einer Lösung des Problems der Gleichberechtigung auf dem Wege einer allmählichen Angleichung der Militärorganisationen und durch gleichen Anteil an den Lasten und Vorsteilen der organisierten gemeinsamen (d. h. Völkerbunds=)Aktion. Daß er betreffend Qualität und Quantität der zu schaffenden "nationalen Armeen" alles im Dunkeln läßt, macht einen gewissen Eindruck der Unaufrichtigkeit und die Besürchtung erscheint gerechtsertigt, daß die französische Auslegung der Formel vom 11. Dezember dahin gehen wird, Deutschland sei nur gleich= berechtigt in Bezug auf die durch die völkerbundlichen Vorkehrungen zu ge= währleistende Sicherheit; von anderem sei in der Formel nicht die Rede.

Als durchaus unaufrichtig aber erscheint der englische Plan. Auf Schritt und Tritt, in jedem Kapitel wird die deutsche Gleichberechtigung theoretisch anerkannt, praktisch aber im gleichen Atemzug gänzlich versleugnet. Man sehe nach: zur See: Anerkennung, daß Deutschland berechstigt sei, Schiffe gleicher Then zu halten wie die andern, gleichzeitig aber Berweigerung der Vermehrung der Tonnage, jedoch ohne eine entsprechende Berringerung derzenigen der andern. In der Luft: die "nicht unvernünstige Forderung", Deutschland solle troß der anerkannten Gleichberechtigung auf die Schaffung von Luftstreitkräften verzichten. Zu Lande: in Deutschland Berbleiben bei der 105 mm Kalibergrenze, anderswo Gleichstellung für neues, später anzuschaffendes Material, inzwischen aber auf Jahrzehnte hinaus volle Beibehaltung der heutigen ungeheuren überlegenheit an Kriegsmaterial.

Ganz besonders der Umstand, daß in diesem englischen Vorschlag so ungeniert neben das theoretische Ja das praktische Nein gestellt wird, muß Zweisel an der Aufrichtigkeit der Formel vom 11. Dezember erwecken, um so mehr als diese ja vorwiegend auf englisches Betreiben hin zu Stande gekommen ist.

Die kommenden neuen Verhandlungen in Genf werden sehr bald zeigen, ob diese Befürchtungen begründet sind. Wenn ja, wird der Eindruck auf die Bölker fürchterlich sein, ungeheuer die Enttäuschung der Neutralen, ungeheuer aber auch die Erbitterung der Abgerüsteten und ihr entsprechend die Reaktion auf der Gegenseite.

Bird man dann endlich zur Erfenntnis ber verhängnisvollen Rolle tommen, die in allen offiziellen Abrüftungsbestrebungen, seit ihrem Beginn,

bie Unaufrichtigkeit spielt? Die Unaufrichtigkeit der Staatsmänner — mit einer einzigen Ausnahme: Mussolini —, die wie ein Fluch über allen Bestrebungen zur Befriedung Europas liegt.

Bor etwa zehn Jahren sette der Bölkerbundsrat zum Studium der Abrüstung eine sogenannte "temporäre gemischte" Kommission ein, d. h. eine aus Politikern und Militärs zusammengesetzte Kommission mit zeitlich bes grenzt gedachtem Auftrag. Diese gab sich redlich Mühe, einen Weg zur Absrüstung zu finden. Nach einigen Jahren aber legte sie dem Bölkerbundsrat eine Resolution vor, in der die Aberzeugung ausgesprochen wurde, eine militärische Abrüstung sei unmöglich, so lange nicht eine politische Abrüstung vorausgegangen sei, und die Bitte, die Kommission von ihrer Ausgabe zu entbinden und aufzulösen.

Diese Resolution wurde vom Völkerbundsrat unter den Tisch gewischt. Das heißt, sie wurde verheimlicht; man ersuchte die Kommission, weiter zu amten, und um sie zum Scheine zu beschäftigen, übertrug man ihr einige belanglose statistische Feststellungen.

Der Beschluß dieser Kommission zeichnete den einzig gangbaren Weg vor, den übrigens auch Mussolini als den einzig möglichen proklamiert hat. Daß die Leitung des Völkerbundes diesen Rat in den Wind schlug und daß sie die Resolution unterschlug und in aller Stille begrub, kennzeichnet mit scharfem Licht die ganze europäische Lage.

Diese ist übrigens heute noch genau dieselbe wie damals, vor sieben Jahren. Sie läßt sich mit wenigen Strichen zeichnen: Die Reuregelung der europäischen Verhältnisse nach dem Krieg hat eine Anzahl von unzufriedenen Boltern geschaffen: die im Rrieg Unterlegenen und neben ihnen Italien. Ob diese Unzufriedenheit und die aus ihr hervorgehenden Unsprüche berechtigt seien, fällt hier gar nicht in Betracht. Berftandlich sind sie, und burch die Anfechtung ihrer Berechtigung schafft man sie nicht aus ber Welt; sie sind nun einmal ba. Ihnen gegenüber gibt es für die Gegenseite nur zweierlei: Ablehnung aller Ansprüche, Ablehnung jeder Revision ber Friedensverträge, ober aber Berföhnung auf bem Bege bes Entgegentommens, der Revision. Das erstere Berhalten erfordert auf ber zufriedenen Seite volle Bereitschaft für ben Fall, bag die der friedlichen Bereinigung entrückten Ansprüche eines Tages gewaltsam geltend gemacht würden, erfordert also die Erhaltung bes vollen militärischen übergewichtes und schließt jede ernsthafte Abrustung aus. Das zweite Berhalten dagegen eröffnet die Möglichkeit ber friedlichen Ginigung und bamit einer gewissen Abruftung, soweit die außereuropäischen Berhältnisse sie zulassen.

Diese Alternative ist absolut; eine Zwischenlösung kann es gar nicht geben, und es ist der große Jrrtum der heutigen Staatsmänner, die Schärfe dieser Alternative nicht zu erkennen, oder vielleicht, wenn sie sie erkannt haben, ihre große Schwäche, sie ihren Bölkern nicht offen einzugestehen.

Jene Resolution der temporären gemischten Kommission wies den richtigen Weg. Entweder schlägt man ihn ein und findet nach der politischen Abrüstung auch den Weg zur militärischen. Oder aber dann gestehe man offen, daß man den Weg der politischen Abrüstung nicht gehen will und verzichte offen und aufrichtig auch auf die militärische. Das schlimmste aber, was man machen kann, ist, was jett geschieht: die stillschweigen de Ablehnung der politischen Abrüstung und die vergeblichen Versuche, über den klassenden politischen Abgrund hinweg pfeiler= und stützen= und wider= lagerlos eine militärische Abrüstung als Brücke zu schlagen. Der unver= meidliche Mißersolg dieser Versuche wird die politische Atmosphäre Eu= ropas noch vollends vergisten; die Abrüstung stonferenz wird zur Kriegsgesahr!

Ein ähnlicher Reim von Gefahren steckt in der Anderung der Sanktionsbestimmungen des Bölkerbundspaktes, wie der französische Plan sie vorschlägt. Bisher konnten die im § 16 des Paktes vorgesehenen wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen nur auf einsstimmigen Beschluß des Bölkerbundsrates hin verhängt werden. Da bei der heutigen politischen Gruppierung der europäischen Staaten und der heustigen Zusammensehung des Bölkerbundsrates ein einstimmiger Beschluß kaum jemals in Frage kommen kann, muß, wer überhaupt die Möglichkeit von Sanktionen schaffen will, sie von einem Mehrheitsbeschluß abshängig machen. Das tut denn auch folgerichtig der französische Plan.

Bielleicht hätten einstimmige Beschlüsse bes Bolkerbunderates sich nur auf internationale Gerechtigkeit und Moral aufgebaut. Schwerlich aber wird das für Mehrheitsbeschlüsse zutreffen. Biel wahrscheinlicher werden diese den politischen Interessen der einen oder der andern der beiden Gruppen entsprechen, in die die Völker Europas sich heute scheiben. Boraussichtlich wird also die Bölkerbundsmacht dann berufen sein, nicht internationaler Gerechtigkeit, sondern irgendwelchen politischen Interessen ober Bestrebungen zu dienen, und der Fall, daß gutes Recht irgendwelchen Mehr= heitsinteressen zuliebe vergewaltigt werbe, ist nicht auszuschließen. Dazu tommt noch, daß jeber Konflitt zwischen zwei Böltern, der sonft vielleicht auf die beiden beschränkt bliebe, bei dieser Ordnung der Dinge die ganze Bölkerbundsmacht in Bewegung seten würde. Das heißt die vollgeschulten Truppen berjenigen Staaten, aus welchen die Mehrheitsgruppe des Rates sich zusammensett, murben gegen ben zu zwingenden Staat in Marich gejett, nach Möglichkeit gefolgt von den "nationalen Armeen". Die der Minberheit angehörenden Staaten würden sich wohl faum anschließen; viel eber ist anzunehmen, daß fie auf die Seite des vom Bolferbund Anzugreifenden treten würden, und damit hatten wir die Aussicht auf eine zwangsläufige Berallgemeinerung jedes in Europa auftretenden kriegerischen Konfliktes. Ich sehe nicht ein, wie eine solche Orbnung ber Dinge bem Frieden Europas und der Sicherheit der Völker dienen könnte. So wenig wie eine militärische Abruftung benkbar ift ohne eine vorausgegangene politische Abruftung, fo wenig ist es eine militärische Friedensorganisation ohne vorausgegangene politische.

Die kommenden Verhandlungen in Genf werden von größter Tragweite sein für die nächste Zukunft Europas. Vorläufig sind die Aussichten herzlich schlecht. Aus der verworrenen Situation ist wohl nur herauszukommen, wenn von allen Seiten her Klarheit und Aufrichtigkeit gefordert wird. Hierzu ein Kleines beizutragen, war der Zweck dieser Abhandlung.

Das Dilemma unserer Wirtschaftspolitik. Ein Beitrag zur Lösung.

Bon Capeant.

Dwei Bege stehen gegenwärtig zur Diskussion, wenn es sich darum handelt, einen Ausweg aus den gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwiesrigkeiten unseres Landes zu sinden. Die einen sordern — unter dem Schlagswort Deflation — die Anpassung des schweizerischen Preisniveaus an dassienige des Auslandes, um so durch Erleichterung des Exportes die Birtschaft wieder in Gang zu bringen. Die Schweiz darf keine Preisinsel bleiben, sagen sie. Die andere Meinung schreckt vor den sinanziellen und politischen Folgen zurück, die ein Preiszusammenbruch in unserm Lande zur Folge haben würde und sucht durch Abwehrs und Unterstützungsmaßenahmen unter Einsetzung unserer Kapitalreserven wenigstens die Kauskraft des Inlandsmarktes zu erhalten. Ein wenig aussichtsreiches Unternehmen, wird diese doch durch den Zusammenbruch des Exportes und des Fremdensverkehrs täglich mehr unterhöhlt.

Und vor die Frage gestellt, die eine ober andere Lösung ergreifen zu müssen, die jede in ihren Folgen ungewiß und unabsehbar ist, überläßt unsere Regierung diese peinliche Entscheidung dem Spiel der politischen Kräfte und regelt sachliche Wirtschaftsfragen nach Maßgabe des Nachsbruckes, mit der sich die einzelnen Interessengruppen bemerkbar machen.

Eine Untersuchung der Gründe unserer Lage zeigt nun aber, daß es vielleicht noch eine dritte Lösungsmöglichkeit gibt, die mit dem Folgenden zur Erörterung gestellt werden soll.

Es muß dabei eingangs vor allem festgestellt werden, daß die Krise von außen her in die Schweiz gekommen ist und in erster Linie infolge Lähmung des Exportes die Räder unseres Wirtschaftslebens so verhängnis- voll ins Stocken gebracht hat.

Die Schwierigkeiten, benen unser Export begegnet, können nun aber vor allem zwei Ursachen zugeschrieben werden — neben der allgemeinen Raufkraftverminderung —, deren Bedeutung nicht überschätzt werden kann und auf deren Gestaltung uns zudem ein Einfluß zusteht.